

Presseinformation

GEW widerspricht Forderung der CDU nach Rückkehr zu Ziffernnoten in den Grundschulzeugnissen

Das Bildungsministerium, die GEW und die an den Grundschulen tätigen Verbände sind nach langer und intensiver Diskussion überein gekommen, die Grundschulordnung dergestalt zu ändern, dass an Stelle von Ziffernnoten Verbalbeurteilungen treten“, sagte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Rheinland-Pfalz, Klaus-Peter Hammer, zu der Forderung der CDU-Landtagsabgeordneten Bettina Dickes, die Grundschulordnung wieder zu ändern, weil Zeugnisnoten „aussagekräftiger“ als schriftliche Leistungsbeschreibungen seien. Die Umstellung auf Verbalbeurteilungen sei - so Hammer - aus pädagogischen Gründen erfolgt, insbesondere um unnötigen Leistungsdruck und Konkurrenzverhalten schon im frühen Schulalter zu vermeiden sowie Möglichkeiten zu schaffen, Kompetenzen zu fördern oder durch Fördermaßnahmen Schwächen aufzufangen. Laut Hammer ist es in der Pädagogik schon lange anerkannt, dass Ziffernnoten eher hemmend als unterstützend wirken. Die Forderung der CDU sei in diesem Sinne wenig durchdacht und pädagogisch ein Rückschritt.

Der GEW-Landesvorsitzende erkennt an, dass die Umstellung von Ziffernnoten auf verbale Leistungsbeurteilungen eine hohe zusätzliche Belastung für die Grundschullehrerinnen und -lehrer mit sich bringt. Hammer forderte bessere Rahmenbedingungen zur Kompensierung des Mehraufwandes für die Grundschullehrerinnen und -lehrer.

- 2 -

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter:
<http://www.gew-rlp.de>

Insoweit reiche keineswegs die bereits für die Grundschulen beschlossene Reduzierung der Klassenmessenzen, laut Hammer grundsätzlich ein guter Schritt, aus, vielmehr müssten auch zeitliche Entlastungen für das Abfassen der zeitaufwendigen Verbalbeurteilungen geschaffen werden. Hammer forderte die CDU auf, sich für Anrechnungs- und Entlastungsstunden der Lehrkräfte an den Grundschulen statt für pädagogischen Rückschritt stark zu machen. Es sei im Übrigen durchaus denkbar, dass auch im dritten Schuljahr auf ein Halbjahreszeugnis verzichtet wird (wie laut GEW von vielen Lehrkräften gewünscht) und stattdessen Lernstandsgespräche mit den Eltern durchgeführt werden. Diese gibt es bereits im zweiten Schuljahr und dort haben sie sich laut Hammer bewährt.

Auch die GEW fordert eine Überprüfung der Verbalbeurteilungspraxis nach einer angemessenen Erfahrungsphase, allerdings in dem Sinne, dass der zeitliche Mehraufwand der Lehrkräfte von den politisch Verantwortlichen nicht „unter den Tisch gekehrt“ wird, sondern dass sie ihn in aller Öffentlichkeit wahrnehmen und dass – gemeinsam mit Gewerkschaften und Verbänden – über notwendige Konsequenzen, d.h. eine deutliche Entlastung der Grundschullehrkräfte, gesprochen wird.

Mainz, 18. Januar 2012